

## Europa auf deutsche Art (II) 01.11.2011

**BERLIN/FRANKFURT AM MAIN** (Eigener Bericht) - Nach dem deutschen Sieg auf dem Euro-Krisengipfel bereitet Berlin die nächsten Schritte zum Ausbau seiner Hegemonie über Europa vor. Möglichst rasch soll die Option in den EU-Verträgen verankert werden, direkt in die nationalen Etats verschuldeter Staaten eingreifen zu können. Das entzöge Kernbereiche staatlichen Handelns der demokratischen Kontrolle und öffnete besonders die südlichen Euroländer auf Dauer einem direkten Zugriff Berlins. Zugleich treibt die Bundesregierung den Umbau der Eurozone zu einem zukünftigen Kerneuropa voran. Bereits letzte Woche wurden die Nicht-Eurostaaten - darunter Großbritannien - von bedeutenden Gipfelentscheidungen ausgeschlossen. Damit entstehe eine Art Zwei-Klassen-Europa, urteilen Experten und warnen angesichts der deutschen Dominanz, Berlin dürfe nicht "das neue Brüssel" werden. Deutsche Medien begleiten den Berliner Gipfelsieg mit lautem Jubel sowie mit teilweise unverhülltem Chauvinismus, der den Charakter der durchbrechenden Herrschaft Berlins erahnen lässt.

### Haushalts-Oktroy

Zu den Schritten, mit denen Berlin nach seinem Sieg auf dem Euro-Krisengipfel vergangene Woche [1] seine offene Hegemonie auszubauen sucht, gehört insbesondere die Option, unmittelbar in die nationalen Haushalte der Euroländer einzugreifen. Bereits vor dem Gipfel sind entsprechende Pläne des deutschen Außenministeriums bekanntgeworden. Demnach soll es in Zukunft möglich sein, verschuldeten Staaten der Eurozone unter Umständen einen Etat faktisch zu oktroyieren. Dazu heißt es im diplomatischen Sprachgebrauch des Auswärtigen Amts, man könne es sich als "ultima ratio" vorstellen, dass Brüssel die jeweils betroffenen Regierungen bei der Umsetzung "administrativer Maßnahmen" auch "aktiv unterstütze"; dabei gehe es etwa um die Kürzung von Sozialleistungen.[2] Die Gestaltung des Etats in eigener Regie gehört zum Kernbestand parlamentarischer Demokratien. Den Plan der niederländischen Regierung, das Durchgriffsrecht auf die nationalen Haushalte einem EU-"Stabilitätskommissar" zu übertragen, lehnt Berlin ab, weil ein "Durchgriff" auf den deutschen Etat nicht mit förmlicher Sicherheit ausgeschlossen werden kann; man wolle die Etatautonomie des Bundestages nicht beschädigen, heißt es zur Begründung. Allerdings sei es vorstellbar, dass der EU-"Stabilitätskommissar" die Auszahlung von EU-Geldern an widerspenstige Staaten unterbinde, heißt es im Auswärtigen Amt. Damit würden die ärmeren Länder Südeuropas schwer getroffen.

### Der Friede in Europa

Wie die Bundeskanzlerin erklärt, sollen die sogenannten Durchgriffsrechte in die EU-Verträge aufgenommen werden. Setzt sich Berlin mit dieser Forderung durch, müssen in sämtlichen 27 EU-Mitgliedstaaten die unmöglichen Ratifizierungsprozesse eingeleitet werden. Weil zumindest in einigen Staaten mit einer klaren Ablehnung durch die Bevölkerung zu rechnen ist - keineswegs nur in Griechenland, sondern etwa auch in Großbritannien -, müssten Referenden dort konsequent vermieden werden. Die deutsche Kanzlerin verknüpft die Berliner Forderungen zum wiederholten Male [3] mit kaum verhohlenen Drohungen. Wörtlich erklärte sie am vergangenen Mittwoch, dem 26. Oktober 2011, im Deutschen Bundestag: "Zum Schluss ein persönliches Wort: Niemand sollte glauben, dass ein weiteres halbes Jahrhundert Frieden und Wohlstand in Europa selbstverständlich ist. Es ist es nicht. Und deshalb sage ich: Scheitert der Euro, dann scheitert Europa, und das darf nicht passieren."

### Die deutsche Eurozone

Schwer wiegt neben den Plänen für einen Haushalts-Oktroy auch der Umbau der Eurozone zu einem künftigen Kerneuropa, den die Bundesregierung offenkundig vorantreibt. Bereits beim Euro-Krisengipfel in der vergangenen Woche waren die Nicht-Eurostaaten - darunter Großbritannien und Polen - von den Entscheidungen ausgeschlossen worden, obwohl ihnen weitreichende Bedeutung für die gesamte EU zukommt. Zur Begründung hieß es, über den Euro dürften nur die Euroländer entscheiden. Damit entstehe eine Art Zwei-Klassen-Europa, urteilen Experten. Auf der einen Seite könne man von einer "deutschen Eurozone" sprechen; Berlin sei dabei, "das neue Brüssel zu werden". Die "deutsche Eurozone" könne, sofern sie sich stärker einer politischen und fiskalischen Einheit annähert und den Zutritt

zum Euro offenhalte, ein "Magnet" werden, der stets neue Länder anziehe. Andererseits entstehe eine Art zweiter Ring aus EU-Staaten ohne den Euro, dessen totale Abkoppelung verhindert werden müsse. Gelingen es jedoch, diesen zweiten Ring zu stabilisieren, dann werde es möglich, etwa die Türkei und sogar die Ukraine in ihn und damit in die EU einzubeziehen.[4] Echten Einfluss auf die zentralen Entscheidungen, die in der "deutschen Eurozone" getroffen werden, erhielten sie damit genauso wenig wie etwa Großbritannien und Polen.

### **Nicht mit letzter Kraft**

Deutsche Medien begleiten den Berliner Gipfelsieg mit lautem Jubel und teilweise offenem Chauvinismus. So heißt es etwa in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, die in den deutschen Eliten aufmerksam gelesen wird, "die Griechen" hätten sich in den Brüsseler Debatten "nicht mit letzter Kraft um ihre Schicksalsfrage" bemüht, "so dass man ihnen die Verhandlungsführung im Laufe des Abends irgendwann aus der Hand nahm". Der griechische Ministerpräsident habe sich nach dem Gipfel bei der Bevölkerung seines Landes "für die Opferbereitschaft" bedankt [5]; die sogenannte Troika aus EU, IWF und EZB werde künftig "ständig im Land präsent sein und darüber wachen, dass die Griechen ihr Land auch wirklich reformieren".

### **Die strenge Kanzlerin**

Der italienische Premierminister, heißt es weiter, sei seinerseits mit einem "15 Seiten starken Brief nach Brüssel gekommen", in dem - "wie von Frau Merkel und Sarkozy bestellt" - "die künftigen Reformen seines Landes beschrieben werden". [6] "Die strenge Kanzlerin" habe "mit Wohlwollen" vermerkt, dass Rom seine Schulden zu senken gelobe. "Auch sonst" sei in dem Brief aus Italien "alles fein säuberlich mit Fristen und Zahlen versehen" worden, "so dass die 'Chefs' freundliche Zustimmung äußern konnten und allenfalls anmerkten, dass es nun aber bitteschön auf die Umsetzung ankomme". "Die EU-Kommission", heißt es weiter, "wurde beauftragt, alles zu kontrollieren, sicher ist sicher".

### **Im Vorprogramm**

Über den Ausschluss der Nicht-Eurostaaten, darunter Großbritannien und Polen, von den zentralen Entscheidungen des Krisengipfels heißt es in der Frankfurter Allgemeinen: "Für zwei Stunden nach Brüssel zu kommen, um als Vorprogramm eines großen Euro-Rettungsgipfels aufzutreten, sei für Leute wie den britischen Premierminister Cameron 'psychologisch sicher nicht ganz einfach' gewesen, bemerkte ein Beamter aus einem Euroland." [7] "Dass ein Teil der Staats- und Regierungschefs auf einen wichtigen EU-Beschluss warten muss wie der gemeine Bürger, das hat es in der Geschichte der Integration auch noch nicht gegeben." Der polnische Ministerpräsident etwa habe geklagt: "Über das Ergebnis kann ich jetzt kein Ratespiel veranstalten, in ein paar Stunden wissen wir, wie es ausgeht." Der Mann habe sich, schreibt die Frankfurter Allgemeine weiter, allerdings damit "trösten" können, "das Polen in ein paar Jahren auch Mitglied der Eurozone sein" und dann wieder mitentscheiden dürfen werde.

### **Die Kanzlerin Europas**

Die Verhältnisse, die nun anbrechen, hat zu Jahresbeginn die führende Zeitschrift auf dem Gebiet der deutschen Außenpolitik vorweggenommen - provozierend, wie es damals empfunden wurde, realistisch, wie es heute scheint. Die Zeitschrift Internationale Politik hatte damals Angela Merkel zur "EU-Kanzlerin" ausgerufen. Es sei ihr gelungen, sich "im Kreis der 27 Staats- und Regierungschefs" eine Art "Richtlinienkompetenz" zu verschaffen. Betrachte man die Führung der EU als "Regierung", dann sei es möglich, "Rollen zuzuweisen". Frankreichs Staatspräsident stehe dabei "zweifelloso die Rolle des Vizekanzlers" zu, der zwar "durchaus die Initiative" übernehmen, "aber im Konfliktfall von der Kanzlerin immer wieder gebremst werden" könne. Der EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy fungiere wiederum als eine Art "Kanzleramtschef", der "zwischen den verschiedenen Lagern einen Ausgleich suchen" müsse, "dabei aber immer Gefahr läuft, von der Regierungschefin und ihrem Vize (...) kurzerhand korrigiert zu werden" (german-foreign-policy.com berichtete [8]). Die Beschreibung kommt den aktuellen Verhältnissen erstaunlich nahe.

[1] s. dazu [Europa auf deutsche Art \(I\)](#)

[2] Westerwelle fordert Möglichkeit von Staatsinsolvenzen; www.sueddeutsche.de 21.10.2011

[3] s. dazu [Eine Frage von Krieg und Frieden in Europa](#) und [Das Brecheisen als Führungsinstrument](#)

[4] Germany in Europe: the Euro matters in foreign policy; ecf.eu 28.10.2011

[5], [6], [7] Angstfrei die Freiwilligkeit erzwungen; Frankfurter Allgemeine Zeitung 28.10.2011

[8] s. dazu [Die Kanzlerin Europas](#)

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com)